

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 30.03.2009

N i e d e r s c h r i f t

der 20. Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur
am Donnerstag, dem 12.03.2009,
Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 18:00 - 19:15 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Ursula Bouffier	Ausschussvorsitzende	
Frau Ute Wernert-Jahn		(in Vertretung für Stv. Böhm-Högy)
Herr Dieter Gail		
Frau Christine Wagener		
Frau Anja-Verena Helmchen		(in Vertretung für Stv. Zörb)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Ika Veronika Bordasch
Herr Dieter Geißler
Frau Dr. Ulrike Krautheim
Herr Mehmet Tanriverdi

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Maren Kolkhorst
Frau Susanne Lehne

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich (ab 18:06 Uhr)

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Prof. Dr. Aris Christidis

Vom Magistrat:

Herr Harald Scherer Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Hartmut Klee	Leiter des Hochbauamtes	(bis 18:47 Uhr)
Herr Folkert Sauer	Leiter des Schulver- waltungsamtes	(bis 18:47 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode	Schritfführerin
----------------------	-----------------

Entschuldigt:

Herr Markus Böhm-Högy	CDU-Fraktion
Herr Carsten Zörb	CDU-Fraktion

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Organisationsbeschluss gemäß § 146 HSchG zur Umwandlung der Brüder-Grimm-Schule in Kleinlinden von einer schulformbezogenen (kooperativen) in eine schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule
- Antrag des Magistrats 19.02.2009 STV/2252/2009
3. Konjunkturprogramme Bund/Land - Umsetzung und Finanzierung von Projekten der Konjunkturprogramme in der Stadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 27.02.2009 - STV/2263/2009
4. Mittagessenfond für Schulkinder
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.03.2009 - STV/2270/2009
5. Berichts Antrag zum Schulzentrum Alter Steinbacher Weg
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2009 - STV/2272/2009
6. Nutzungs- und Vergabe-Konzept für die Kunsthalle und den Konzertsaal im neuen Rathaus (Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2008, STV/1662/2008);

7. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Organisationsbeschluss gemäß § 146 HSchG zur Umwandlung der Brüder-Grimm-Schule in Kleinlinden von einer schulformbezogenen (kooperativen) in eine schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule - Antrag des Magistrats 19.02.2009 **STV/2252/2009**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen beschließt:

1. Gemäß § 146 Satz 1 HSchG wird die Brüder-Grimm-Schule in Kleinlinden ab dem Schuljahr 2009/2010 von einer schulformbezogenen (kooperativen) Gesamtschule, Sekundarstufe 1, in eine schulformübergreifende (integrierte) Gesamtschule, Sekundarstufe 1, umgewandelt.
2. Die sofortige Vollziehung wird im öffentlichen Interesse nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO angeordnet.“

An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Tanriverdi, Dr. Krautheim und Stadtrat Scherer.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3. Konjunkturprogramme Bund/Land Umsetzung und Finanzierung von Projekten der Konjunkturprogramme in der Stadt Gießen - Antrag des Magistrats vom 27.02.2009 - **STV/2263/2009**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

1. Die Informationen zum Inhalt und zur Abwicklung der Konjunkturprogramme von Bund bzw. Land Hessen werden zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Die Beschlussfassung des Magistrats vom 19.02.2009 (Drucksachen MAG/2246/2009, MAG/2247/2009, MAG/2248/2009) und die damit verbundene Anmeldung der Einzelprojekte zur Förderung über die

Konjunkturprogramme von Bund bzw. Land Hessen wird genehmigt.

3. Der Magistrat wird beauftragt, die unter 2. genannten Projekte (vgl. Liste Anlage 2) im Rahmen einer möglichst vollständigen Inanspruchnahme der Fördermittel aus den Konjunkturprogrammen von Bund bzw. Land Hessen umzusetzen. Der Bau- und Finanzierungsbeschluss gilt hiermit als erteilt. Der Magistrat wird ermächtigt, über die Durchführung einzelner Maßnahmen zu entscheiden und eine abweichende Durchführungsreihenfolge zu bestimmen.
4. Die im Zusammenhang mit 3. entstehenden außer-/überplanmäßigen Auszahlungen im Haushaltsjahr 2009 und die zur Deckung im Rahmen der Konjunkturprogramme vorgesehenen Kreditaufnahmen werden genehmigt.
5. Der Magistrat wird beauftragt, über den Fortschritt bei den einzelnen Projekten der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.“

Im Hinblick auf die Umsetzung der Konjunkturprogramme von Bund und Land für die Schulen in der Stadt melden die Vertreter der SPD-Fraktion Kritik an. **Stv. Tanriverdi** beklagt, dass seine Fraktion bei der Zusammenstellung der Liste nicht informiert worden sei, der Magistrat schein bewusst die Weitergabe der Informationen zu verzögern.

Stadttrat Scherer weist die Kritik zurück und merkt an, Grundlage der Aufstellung mit den geplanten Maßnahmen habe die Prioritätenliste aus dem Jahr 2007, die in Zusammenarbeit mit der Schulkommission zusammengestellt wurde, gebildet. Diese stehe außer Frage. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Förderrichtlinien bis heute nicht klar seien.

Die **Stv. Greilich**, FDP-Fraktion und **Gail**, CDU-Fraktion, können die Kritik der SPD-Fraktion nicht teilen. Sie loben die Mitarbeiter der Verwaltung, dass sie in dieser kurzen Zeit das umfangreiche Papier zur Beratung vorlegen konnten.

Stv. Geißler, SPD-Fraktion, erklärt, dass ihm die Unterlagen noch nicht zugegangen seien, so dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Angesichts der kurzfristigen Zustellung der Unterlagen, schlägt **Stv. Wagener**, CDU-Fraktion, vor, den Antrag zur Beratung in den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss zu verweisen. Dem Vorschlag wird einvernehmlich zugestimmt.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

4. Mittagessenfond für Schulkinder **STV/2270/2009**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.03.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, bis zur nächsten Parlamentsitzung zu berichten, wie viele Schulen Anträge für wie viele Kinder bei der Karl- Kübel-Stiftung für den hessischen Mittagessenfond für Schulkinder gestellt haben.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5. Berichts Antrag zum Schulzentrum Alter Steinbacher Weg **STV/2272/2009**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu berichten, wie nach dem Auszug der Helmut-von-Bracken-Schule die Raumprobleme der dort verbleibenden Einrichtungen einer Lösung zugeführt werden sollen.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

6. Nutzungs- und Vergabe-Konzept für die Kunsthalle und **STV/1662/2008**
den Konzertsaal im neuen Rathaus (Antrag der SPD-
Fraktion vom 14.04.2008, STV/1662/2008);
hier: Aussprache

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, welche Konzeption der Nutzung, dem Betrieb und der Vergabe von Kunsthalle und Konzertsaal im neu entstehenden Rathaus zugrunde liegt.

Der Magistrat wird weiter aufgefordert, diese Konzeption ggf. unverzüglich der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Der Magistrat wird weiter aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung noch vor Fertigstellung der Räume eine Nutzungs- und Vergabeordnung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Im Rahmen des Berichts sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

1. Kunsthalle

- Welche Nutzungsschwerpunkte sind für die neu entstehende Kunsthalle - in Abgrenzung bzw. in Ergänzung zu anderen bestehenden Kunst-Ausstellungsräumen/-flächen - vorgesehen?
- Wer trifft die Entscheidung über die zu zeigenden Ausstellungen?

- Mit welchen Kooperationspartnern soll zusammen gearbeitet werden?
- Ist an eine Vergabe an Dritte gedacht und wenn ja zu welchen inhaltlichen und finanziellen Konditionen?
- Werden im Rathaus zukünftig auch wieder Ausstellungen ihren Platz haben, die früher im Rahmen der ‚Forum‘-Ausstellungen im Rathaus gezeigt wurden, also auch Fotografie, historische und politisch-thematisch ausgerichtete Ausstellungen etc.?
- Wird der Ausstellungsbetrieb wie bisher von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Kulturamtes organisiert und durchgeführt?
- Werden auch weiterhin ältere Menschen im Rahmen des bewährten Programms ‚Beschäftigungsgelegenheiten für Ältere‘ eingesetzt?

2. Konzertsaal

- Welche Nutzungsschwerpunkte sind für den neu entstehenden Konzertsaal - in Abgrenzung bzw. in Ergänzung zu anderen bestehenden Veranstaltungsräumen wie z. B. den Räumen der Kongresshalle, dem Netanya-Saal, dem Stadttheater, den Bürgerhäusern etc. - vorgesehen?
- Ist der Saal ausschließlich der Nutzung für musikalische Zwecke vorbehalten oder können dort auch Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen o. ä. durchgeführt werden?
- Wer legt die Schwerpunkte fest bzw. wer entscheidet über das Jahresprogramm und über die Vergabe im Einzelfall?
- Mit welchen Kooperationspartnern soll zusammen gearbeitet werden?
- Ist an eine Vergabe an Dritte gedacht und wenn ja zu welchen inhaltlichen und finanziellen Konditionen? Ist insbesondere eine kostengünstige Vergabe an Vereine, Verbände, Organisationen und Bürgergruppen vorgesehen, so wie dies gegenwärtig für die Kongresshalle, die Bürgerhäuser und den Netanya-Saal möglich ist?
- Wird der Veranstaltungsbetrieb wie bisher von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Kulturamtes organisiert und durchgeführt?
- Werden auch weiterhin ältere Menschen im Rahmen des bewährten Programms ‚Beschäftigungsgelegenheiten für Ältere‘ eingesetzt?

Stadtrat Scherer erklärt, dass er noch keine Antworten auf die Fragen vorlegen könne. Er verspricht in seiner Funktion als Kulturdezernent, das Parlament zu informieren, „sobald ein Ergebnis vorliegt“. Viele der Fragen könne nur der zukünftige Kurator oder die Stadthallen GmbH beantworten.

Auf die Frage der **Stv. Dr. Krautheim**, ob Bewerbungen für die Stelle des Kurators eingegangen seien, entgegnet er, dass der Verwaltung insgesamt 90 Bewerbungen vorliegen.

7. Verschiedenes

- **Stv. Dr. Krautheim** regt an, Vertreter der „inoffiziellen“ Theaterszene (z. B. Regionalteam Mitte, Junge Bühne etc.) einzuladen, damit diese die Gelegenheit erhalten, sich und ihre Arbeit, die sie im kulturellen Bereich leisten, vorzustellen.

Nach kurzer Diskussion, an der sich die Stv. Kolkhorst, Greilich, Gail, Wagener und Bordasch beteiligen, sprechen sich die Mitglieder des Ausschusses dafür aus, Herrn Stadtrat Scherer zu bitten, eine Liste zusammenzustellen, die alle entsprechenden Gruppierungen beinhaltet, um einen ersten Überblick zu bekommen. **Stadtrat Scherer** sagt die Zusammenstellung der Liste zu.

Vorsitzende bemerkt, nach Vorlage der Liste werde man dann weiter überlegen, in welchem Rahmen die entsprechenden Gruppierungen eingeladen werden sollen.

- **Stv. Greilich**, FDP-Fraktion, bittet, dass die nächste Ausschusssitzung nicht am Donnerstag, dem 30.04.2009, stattfindet, sondern an einem anderen Wochentag.

Vorsitzende schlägt als neuen Termin, Mittwoch, **29.04.2009, 17:30 Uhr** (vor dem Sozialausschuss) vor. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) B o u f f i e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e